

Rund 4000 Teilnehmer bei Friedensdemo

von Günter Murr

Ostermärsche Gewerkschaftschef attackiert regionale Industriebetriebe

Rund 4000 Menschen haben sich nach Angaben der Veranstalter am Montag an den Ostermärschen in Frankfurt beteiligt. Das sind doppelt so viele wie im vergangenen Jahr. Vor allem die Forderung nach einem Stopp aller Rüstungsexporte motivierte zur Teilnahme.

Frankfurt. Transparente, Fahnen, Lautsprecher: An der Bockenheimer Warte herrscht am Montagmittag Demo-Stimmung. Mehr als 100 Menschen haben sich zum Ostermarsch getroffen. Mit dabei sind viele, die jedes Jahr an der traditionellen Friedensdemonstration teilnehmen. „Für mich ist in diesem Jahr das wichtigste Thema der Stopp der Waffenexporte“, sagt Matthias Blöser (36), der sich bei Pax Christi engagiert. Bahar Yilmaz (24) und ihr Begleiter sind ebenfalls regelmäßige Ostermarschierer, vertreten aber einen radikaleren Ansatz: „Wir sind revolutionäre Jugendliche und treten für eine Welt ohne Kriege ein.“

Einige Teilnehmer sind zum ersten Mal dabei. Die Frankfurterin Sonja M. zum Beispiel. „Ich denke, es ist an der Zeit, etwas zu tun“, sagt die 56-Jährige. „In der Welt liegt einiges im Argen.“ Sie meint das Vorgehen der Türkei gegen die Kurden in Syrien, aber auch den Konflikt zwischen Russland und dem Westen, der ihrer Ansicht nach zu einem neuen „Kalten Krieg“ führen könnte.

Von Pax Christi bis zur DKP

Aus der Adalbertstraße kommt derweil ein großer Panzer angerollt. Die Friedensinitiative Rödelheim hat ihn aus Pappe gebastelt und mit dem Konterfei des türkischen Präsidenten Erdogan versehen. „Völkerrechtswidriger Krieg gegen die Kurden“, ist darunter zu lesen. Das Vorgehen der Türkei in Syrien ist nur ein Thema des Ostermarschs. Auf Transparenten wird die Freilassung des katalanischen Separatistenführers Carles Puigdemont gefordert, auf Flugblättern der Oktoberrevolution des Jahres 1917 gedacht. Das Spektrum der beteiligten Organisationen und Parteien reicht von Pax Christi bis zur DKP.



Gemeinsames Anliegen der Demonstranten ist der Stopp der deutschen Waffenexporte. Ein Mittfünfziger hat als Zeichen des Protests einen Papp-Panzer am Gepäckträger seines Fahrrads befestigt. „Waffen, die hergestellt werden, werden auch benutzt“, sagt er, bevor er mit rund 500 weiteren Ostermarschierern zum Römerberg sortiert. Dort treffen nach und nach Demonstrationzüge aus verschiedenen Richtungen ein, der Platz ist kurz nach 13 Uhr gut gefüllt. Die Veranstalter sprechen von 4000 Teilnehmern, doppelt so viele wie vor einem Jahr.

Das liegt offenbar nicht nur am guten Wetter. Die aktuelle Lage hat viele motiviert, für den Frieden auf die Straße zu gehen. Ein Ehepaar aus Praunheim hat sich nach mehreren Jahren Pause wieder zur Teilnahme am Ostermarsch entschieden. „Die Zeiten sind wieder sehr kriegerisch“, sagt die Frau. Aber leider gebe es keine einfachen Antworten, ergänzt ihr Mann. „Mit reinem Pazifismus kann man den IS nicht bekämpfen.“

Auf der Bühne werden Friedenslieder gespielt, bevor Philipp Jacks ans Mikrofon tritt. „Die Bundeswehr beteiligt sich an völkerrechtswidrigen Interventionskriegen“, sagt der Regionalvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes. „Keinem einzigen Land hat das Frieden gebracht.“

„Rüstungsfirmen umstellen“

Mitverantwortlich für die Kriege seien die „Profiteure der Rüstungsindustrie“, die es auch in der Rhein-Main-Region gebe. Jacks verweist auf den von der Linkspartei veröffentlichten „Rüstungsatlas Hessen“, in dem mehrere Unternehmen aufgeführt seien, „die in die Kriegsindustrie eingebunden sind“. Aus Frankfurt sind in der Broschüre Anwaltskanzleien und Beratungsunternehmen erwähnt, aber auch Flugzeug-Zulieferer wie Diehl-Aerospace (Hedderheim) und Nord-Micro (Bergen-Enkheim) sowie sogar der Uhren-Hersteller Sinn – weil dieser eine Sonderedition für das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr aufgelegt hat.

Jacks fordert, Rüstungsunternehmen in der Region auf zivile Produktion umzustellen – ganz nach dem alten Motto „Schwerter zu Pflugscharen“. Er betont: „Die deutsche Rüstungsindustrie ist auch beteiligt an den Verbrechen, die gegen die Kurden verübt werden.“ Der Gewerkschafter spricht sich eine Erhöhung des Verteidigungsetats aus. Das Geld – im Gespräch sind bis zu 30 Milliarden Euro – werde an anderer Stelle dringender gebraucht.

Artikel vom 03.04.2018, 03:30 Uhr (letzte Änderung 03.04.2018, 03:30 Uhr)

Artikel: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Rund-4000-Teilnehmer-bei-Friedensdemo;art675,2949654>